



30. August 2024  
201.1-6.4 FK

An die Mitglieder des Ständerates  
(per E-Mail)

## **BFI-Botschaft: Der Bund muss seinen Verpflichtungen im Bildungsraum Schweiz nachkommen**

Sehr geehrte Frau Ständerätin, sehr geehrter Herr Ständerat

Am 12. September 2024 wird der Ständerat die BFI-Botschaft 2025-2028 beraten. Diese Vorlage ist von zentraler Bedeutung für Bund und Kantone und wird den Bildungsraum Schweiz nachhaltig prägen. Qualität und die Durchlässigkeit sind die in Artikel 61a der Bundesverfassung verankerten Leitkonzepte, die Bund und Kantone hochhalten und finanzieren müssen – jeder nach seiner Zuständigkeit.

Das Parlament beschäftigt sich mit einer Vielzahl von Problemen, die auf einen Mangel an geeigneten Fachkräften zurückzuführen sind. Mit der BFI-Botschaft haben Sie das Instrument in der Hand, um diesen Mangel nachhaltig zu bekämpfen. Rund 80 % der Ausgaben der öffentlichen Hand für Bildung und Forschung tragen die Kantone. Der Bund muss seinen gesetzlich vorgeschriebenen Anteil ebenfalls leisten. Was nicht geht: Fachkräfteproduktion fordern und gleichzeitig den ausbildenden Hochschulen die Mittel kürzen. Dieses widersprüchliche Verhalten wird sich in einer Verschärfung des Fachkräftemangels zeigen, dessen Bekämpfung ein Vielfaches kosten wird.

Die vorgeschlagenen Mittel bedeuten einen Rückschritt. Die steigende Anzahl Lernender und Studierender führt zu Mehrkosten, die Bund und Kantone gemeinsam tragen müssen. Der Bund kann seinen Verpflichtungen nur mit einem Wachstum von 2,5% nachkommen. Die Beschlüsse des Nationalrats erreichen dies nicht, gehen aber in die richtige Richtung. Wir appellieren daher an Sie,

- bei den Pauschalbeiträgen an die Kantone gemäss Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung der Minderheit der vorberatenden Kommission zu folgen (gemäss Nationalrat)
- bei den Grundbeiträgen an die Universitäten und die Fachhochschulen gemäss Bundesbeschluss über die Finanzierung nach dem Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) der Minderheit der vorberatenden Kommission zu folgen (gemäss Nationalrat).
- in Bezug auf das Programm *viamia* (Verpflichtungskredit Projektförderung Berufsbildung) der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Mitfinanzierung durch den Bund weiterhin zu ermöglichen.

Freundliche Grüsse

**Konferenz der kantonalen  
Erziehungsdirektorinnen und -direktoren**

Regierungsrätin Dr. Silvia Steiner | Präsidentin

Susanne Hardmeier | Generalsekretärin

Kopie: Mitglieder der EDK